Landtag
Nordrhein-Westfalen
13. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
13/570
02.05.2002

Hauptausschuss

23. Sitzung (öffentlich)

2. Mai 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.15 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Situation der Stiftung Preußischer Kulturbesitz 1

Einem Bericht des Chefs der Staatskanzlei schließt sich eine Ausschussdiskussion an. Der Hauptausschuss wird das Thema wieder aufgreifen, wenn sich im Rahmen der Föderalismusdiskussion eine Neustrukturierung der Zuständigkeiten im Kulturbereich abzeichnet.

Seite

2 Sechster Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/2302 -

Der Ausschuss stimmt dem Staatsvertrag einstimmig zu.

(Kein Diskussionsprotokoll)

3 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2001

Unterrichtung
durch die Landesregierung
Vorlage 13/1335 5

Einem die oben erwähnte Vorlage aktualisierenden Bericht des Leiters der Verfassungsschutzabteilung schließt sich eine Diskussion an.

4 Bekämpfung von Gewalt als gesamtgesellschaftliche Herausforderung 16

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, über das Thema ein Expertengespräch durchzuführen, und beauftragt die Obleute, über den Termin und die sonstigen Modalitäten so schnell wie möglich eine Vereinbarung zu treffen.

Seite

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/322 -

Die Sprecherin der SPD-Fraktion kündigt an, die Vorschläge ihrer Fraktion den übrigen Fraktionen innerhalb der nächsten zehn Tage zuzuleiten. Daraufhin vereinbart der Ausschuss, in der nächsten Sitzung den Gesetzentwurf abschließend zu beraten.

(Kein Diskussionsprotokoll)

6 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279 19

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion, zu dem Gesetzentwurf am 5. September eine Anhörung durchzuführen, und beauftragt die Obleute der Fraktionen, sich über einen Fragenkatalog und eine Liste von Anzuhörenden zu verständigen.

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1520 -

Der Ausschuss bittet die mitberatenden Ausschüsse um Abgabe ihrer Voten und bekundet die Absicht, über den Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause zu beschließen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Seite

8 Verschiedenes -

Der Vorsitzende unterrichtet den Ausschuss über Einzelheiten der Delegationsreise nach Helskinki, Tallinn und Riga.

(Kein Diskussionsprotokoll)

* * *

Zu **Tagesordnungspunkt 5** - Stichwort "Untersuchungsausschussgesetz" - **siehe Beschlussteil,** Seite III.

6 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279

Vorsitzender Edgar Moron erinnert daran, dass die CDU-Fraktion zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung erbeten habe. Er habe seinerzeit darauf hingewiesen, dass eine Anhörung zum Konnexitätsprinzip bereits in der letzten Legislaturperiode stattgefunden habe, und frage nunmehr, wie die CDU-Fraktion zu verfahren wünsche.

Werner Jostmeier (CDU) erklärt, seine Fraktion halte an dem Begehren fest, eine Anhörung durchzuführen. Es treffe zu, dass zu der Thematik vor mehreren Jahren schon einmal eine Anhörung stattgefunden habe. Deshalb bitte er den Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienst, das Ergebnis des damaligen Hearings auf wenigen Seiten zusammenzufassen. Schon seinerzeit sei von Experten nachdrücklich die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung gefordert worden. Auch der Vorstoß, den die CDU-Fraktion mit dem vorliegenden Gesetzentwurf unternehme, werde von den kommunalen Spitzenverbänden durchweg begrüßt. Dabei bitte er zu bedenken, dass sich seit der letzten Gesetzesinitiative seiner Fraktion vor einigen Jahren noch einmal Wesentliches zum Nachteil der Städte und Gemeinden getan habe.

Horst Engel (FDP) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Die Gemeinden warteten dringend auf eine verfassungsrechtliche Verankerung des Konnexitätsprinzips. Es müsse endlich Schluss damit sein, dass sich die jeweils nächst höhere Ebene finanziell auf Kosten der nächst niedrigeren entlaste. Sollte es gelingen, das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung zu verankern, sei die Operation keineswegs zu Ende; vielmehr gelte es dann, eine solche Vorschrift mit Leben zu erfüllen, damit finanzielle Mittel immer dort angesiedelt würden, wo sie unmittelbar notwendig seien.

Dorothee Danner (SPD) meint, wenn der Bund eine Regelung des Konnexitätsprinzips gefunden habe, sollte das Land entsprechend nachziehen. - Was die Anhörung angehe, so sollte ihres Erachtens darauf geachtet werden, dass es zu keiner reinen Wiederholungsveranstaltung komme.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) stellt fest, eine Erkenntnis der damaligen Anhörung habe ihr sehr zu denken gegeben, und diese Erkenntnis treffe auch heute noch zu: Die Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen in anderen Bundesländern, die zum Teil das Konnexitätsprinzip in den Landesverfassungen verankert hätten, hätten die Nöte der kommunalen Finanzsituation genauso beschrieben, wie dies in Nordrhein-Westfalen geschehen sei und noch geschehe. Das mache deutlich, dass eine Verankerung des Konnexitätsprinzips in Landesverfassungen allein nicht viel bringe, sondern dass zusätzlich eine intensive Diskussion über die Finanzströme überhaupt, über Mischfinanzierungen usw. geführt werden müsse.

Ergebnis siehe Beschlussteil, Seite III.

Zu **Tagesordnungspunkt 7** - Stichwort "Feiertagsgesetz" - **siehe Beschlussteil,** Seite III.

Zu **Tagesordnungspunkt 8** - Verschiedenes - **siehe Beschlussteil,** Seite IV.

gez. Edgar Moron

Vorsitzender

28.05.2002 / 06.06.2002

400